

## Einladung

Gremium: Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen - öffentlich  
Sitzungstermin: Montag, 01.09.2008, 16:00 Uhr  
Ort, Raum: Ratssaal des Rathauses

Rastede, den 21.08.2008

### 1. An die Mitglieder des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen

2. nachrichtlich an die übrigen Mitglieder des Rates

Hiermit lade ich Sie im Einvernehmen mit dem Ausschussvorsitzenden zu einer Sitzung mit öffentlichen Tagesordnungspunkten ein.

### Tagesordnung:

#### Öffentlicher Teil

- TOP 1 Eröffnung der Sitzung
- TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
- TOP 3 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 23.06.2008
- TOP 4 Aufstellung Bebauungsplan 86 - Gewerbegebiet Autobahnkreuz Oldenburg-Nord  
Vorlage: 2008/135
- TOP 5 Straßenbenennung im Gemeindegebiet  
Vorlage: 2008/137
- TOP 6 Aufstellung Bebauungsplan 79 B - Südlich Schlosspark  
Vorlage: 2008/132
- TOP 7 Ausbau Peterstraße  
Vorlage: 2008/133
- TOP 8 Umgestaltung Kögel-Willms-Platz  
Vorlage: 2008/134
- TOP 9 Inwertsetzung Denkmalsplatz  
Vorlage: 2008/128

**TOP 10    Oldenburger Straße (K 131) - Erweiterung Straßenbeleuchtung und Sanierung des Rad-Fußweges; Antrag der UWG-Fraktion  
Vorlage: 2008/126**

**TOP 11    Entwicklung Kläranlage Rastede; Baulicher Teil  
Vorlage: 2008/131**

**TOP 12    Schließung der Sitzung**

**Mit freundlichen Grüßen  
gez. Decker  
Bürgermeister**

## B e s c h l u s s v o r l a g e

**Vorlage-Nr.: 2008/135**

freigegeben am 18.08.2008

**GB 3**

Sachbearbeiter/in: Herr Guido Zech

**Datum: 18.08.2008**

### **Aufstellung Bebauungsplan 86 - Gewerbegebiet Autobahnkreuz Oldenburg-Nord**

**Beratungsfolge:**

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	01.09.2008	Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen
N	16.09.2008	Verwaltungsausschuss
Ö	23.09.2008	Rat

**Beschlussvorschlag:**

1. Die im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung gemäß § 4a Abs. 3 Baugesetzbuch (BauGB) in Verbindung mit § 3 Abs. 2 BauGB sowie der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen werden auf Grundlage dieser Beschlussvorlage sowie der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen vom 01.09.2008 berücksichtigt.
2. Die bisherige Beschlussfassung und Abwägung wird bestätigt.
3. Die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 86 – Gewerbegebiet Autobahnkreuz Oldenburg-Nord nebst Begründung und Umweltbericht wird gemäß § 1 Abs. 3 Baugesetzbuch (BauGB) als Satzung beschlossen.

**Sach- und Rechtslage:**

Der Verwaltungsausschuss hatte in seiner Sitzung am 01.07.2008 die erneute öffentliche Auslegung und die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange beschlossen (s. Vorlage 2008/093).

Diese wurde in der Zeit vom 15.07. bis 30.07.2008 durchgeführt.

Im Rahmen der Stellungnahmen sind seitens der Bürger wie schon in der ersten öffentlichen Auslegung eine Vielzahl von Äußerungen abgegeben worden, die im Wesentlichen folgenden (zumeist erneuten) Inhalt hatten:

- Auf die Planung soll generell verzichtet werden,
- auf die Ausweisung des Gebietscharakters „Industriegebiet“ soll zugunsten eines „Gewerbegebietes“ verzichtet werden,
- der Wald soll erhalten werden,
- das Gebiet soll zur freien Natur- und Landschaft und entlang der B211 eingegrünt werden,
- durch das Plangebiet entstünde eine viel zu hohe Verkehrsbelastung
- die Gemeinde hätte aufgrund mangelnder Grundlagenermittlung gegen den Artenschutz verstoßen.

Hinsichtlich des geforderten Verzichts der Ausweisung eines Industriegebietes (GI) zugunsten eines Gewerbegebietes (GE) ist anzumerken, dass die für die benachbarte Wohnbebauung geltenden Grenzwerte für alle Arten von Immissionen dort absolut, also unabhängig davon, was aus dem Plangebiet emittiert wird, gelten. Die Nachbarn dürfen durch ein GI-Gebiet folglich nicht höher belastet werden als durch ein GE-Gebiet. Lediglich was im Gebiet zulässig ist, wird durch die Entscheidung zugunsten eines GI-Gebietes bestimmt.

Hinsichtlich der weiteren vorgebrachten Argumente wird auf den Abwägungsvorschlag (Anlage 1) verwiesen.

Nähere Erläuterungen werden hierzu in der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen durch das Planungsbüro NWP gegeben.

Übersicht über den Verfahrensstand:

<b>Grundsatzbeschluss/ Aufstellungsbeschluss</b>	<b>Frühzeitige Öffentlichkeits-/ Be- hördenbeteiligung</b>	<b>Öffentliche Aus- legung/ Behörden- Beteiligung</b>	<b>Satzungsbeschluss</b>
BauPlUmStA 01.10.07 VA 16.10.07	23.10.07- 23.11.07	29.04.08-29.05.08	
		<b>Erneute öffentliche Auslegung/ Be- hörden- Beteiligung</b>	
		15.07.08-30.07.08	Ratssitzung am 23.09.2008

### **Finanzielle Auswirkungen:**

Haushaltsmittel stehen zur Verfügung.

### **Anlagen:**

- 1 Abwägungsvorschlag
2. Planzeichnung
3. Planzeichenerklärung
4. Textliche Festsetzungen und Hinweise
5. Spezielle Artenschutzrechtliche Prüfung (SAP)

## **B e s c h l u s s v o r l a g e**

**Vorlage-Nr.: 2008/137**

freigegeben am 18.08.2008

**GB 3**

Sachbearbeiter/in: Herr Guido Zech

**Datum: 18.08.2008**

### **Straßenbenennung im Gemeindegebiet**

#### **Beratungsfolge:**

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	01.09.2008	Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen
N	16.09.2008	Verwaltungsausschuss
Ö	23.09.2008	Rat

#### **Beschlussvorschlag:**

Die Erschließungsstraße im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 86 – Gewerbegebiet Oldenburg-Nord erhält den Namen „Am Autobahnkreuz“.

#### **Sach- und Rechtslage:**

Zur Erschließung des Industriegebietes am Autobahnkreuz Oldenburg Nord wird eine neue Straße gebaut werden.

In Anlehnung an vorhandene Gewerbegebiete in der Gemeinde wird durch die Bezeichnung „Am Autobahnkreuz“ eine direkte Beziehung zur wesentlich prägenden Anbindung der Nähe zum Autobahnkreuz geschaffen.

So existieren in anderen Gewerbegebieten bereits die Straßen „Am Nordkreuz“ oder „An der Brücke“. Die Bezeichnung dieser Gewerbegebiete ist analog der Straßennamen erfolgt.

Daneben dürfte die Straßenbezeichnung „Am Autobahnkreuz“ auch für die sich hier später ansiedelnden Unternehmen vorteilhaft sein, da sie eine (tatsächlich vorhandene) Nähe zu einer günstigen Verkehrsanbindung dokumentiert.

#### **Finanzielle Auswirkungen:**

Keine.

#### **Anlagen:**

Übersichtsplan

## **B e s c h l u s s v o r l a g e**

**Vorlage-Nr.: 2008/132**

freigegeben am 15.08.2008

**GB 3**

Sachbearbeiter/in: Herr Guido Zech

**Datum: 15.08.2008**

### **Aufstellung Bebauungsplan 79 B - Südlich Schlosspark**

#### **Beratungsfolge:**

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	01.09.2008	Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen
N	16.09.2008	Verwaltungsausschuss
Ö	23.09.2008	Rat

#### **Beschlussvorschlag:**

1. Die im Rahmen der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) sowie der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen werden auf Grundlage dieser Beschlussvorlage sowie der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen vom 01.09.2008 berücksichtigt.
2. Die bisherige Beschlussfassung und Abwägung wird bestätigt.
3. Die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 79 B – Südlich Schlosspark nebst Begründung und Umweltbericht wird gemäß § 1 Abs. 3 Baugesetzbuch (BauGB) als Satzung beschlossen.

#### **Sach- und Rechtslage:**

Der Verwaltungsausschuss hatte in seiner Sitzung am 01.07.2008 die öffentliche Auslegung und die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange beschlossen (s. Vorlage 2008/091).

Die öffentliche Auslegung und die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange fanden in der Zeit vom 15.07. bis 15.08.2008 statt.

Im Rahmen der Auslegung wurden keine wesentlichen Stellungnahmen vorgebracht. Nunmehr kann der Satzungsbeschluss gefasst werden.

Nähere Erläuterungen werden hierzu in der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen durch das Planungsbüro NWP gegeben.

Zwischenzeitlich wurde mit der Vermarktung des Baugebietes begonnen. Der Teilbereich A (am Loyer Weg gelegen) erfreut sich dabei größter Beliebtheit und ist bereits weitgehend reserviert.

Übersicht über den Verfahrensstand:

<b>Grundsatzbeschluss/ Aufstellungsbeschluss</b>	<b>Frühzeitige Öffentlichkeits-/ Be- hördenbeteiligung</b>	<b>Öffentliche Aus- legung/ Behörden- beteiligung</b>	<b>Satzungsbeschluss</b>
BauPlUmStA 12.12.05 VA 13.12.05	20.12.05- 10.01.06	15.07.08-15.08.08	Ratssitzung am 23.09.2008

### **Finanzielle Auswirkungen:**

Haushaltsmittel stehen zur Verfügung.

### **Anlagen:**

1. Abwägungsvorschlag
2. Planzeichnung
3. Planzeichenerklärung
4. Textliche Festsetzungen, Örtliche Bauvorschriften und Hinweise

**B e s c h l u s s v o r l a g e****Vorlage-Nr.: 2008/133**

freigegeben am

**GB 3**

Sachbearbeiter/in: Herr Hans-Hermann Ammermann

**Datum: 18.08.2008****Ausbau Peterstraße****Beratungsfolge:****Status**Ö  
N**Datum**01.09.2008  
16.09.2008**Gremium**Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen  
Verwaltungsausschuss**Beschlussvorschlag:**

Der Ausbau der Peterstraße wird wie in den Anlagen 1 und 2 dargestellt beschlossen.

**Sach- und Rechtslage:**

Auf der Grundlage der Beschlussvorlage 2008/031 ist der Querschnitt des Ausbaus des nördlichen Bereiches der Peterstraße beschlossen worden. Danach soll die Peterstraße niveaugleich, analog der Anton-Günther-Straße, hergestellt werden.

Das mit der Planung beauftragte Ing.-Büro Prante, Rastede, hat nunmehr den Entwurf vorgelegt. Die Fahrbahnfläche ist mit i. M. 5,00 m ausreichend dimensioniert für den Begegnungsfall Pkw/Lfw (Lieferwagen) bei verminderter Geschwindigkeit. Die weiteren Details sind der Anlage 1 zu entnehmen.

Aus dem Lageplan, Anlage 2, ist die Linienführung zu entnehmen. Zur Schonung der mächtigen Eiche im Einmündungsbereich Peterstraße/An der Bleiche und zur verbesserten Linienführung wurde in diesem Einmündungsbereich der Ausbauteil der Peterstraße nahezu rechtwinklig auf diese Kreuzung geführt. Dieses führt zu einer Reduzierung der Geschwindigkeit und zu einer verbesserten Sicht für die Verkehrsteilnehmer.

Auf der Grundlage der zurzeit vorliegenden Erkenntnisse hat das Ing.-Büro Kosten-schätzungen erstellt. Hierin enthalten sind die Sanierung eines Teils des Schmutzwasserkanals, erstmalige Herstellung eines Regenwasserkanals, Grunderwerb und der Ausbau der Straße. Der Grunderwerb ist einer Größenordnung von 20 m<sup>2</sup> im Einmündungsbereich zu An der Bleiche für den veränderten Einmündungsbereich erforderlich.

Grunderwerb, Straßenbau, Sonstiges	182.000 €
Herstellung Regenwasserkanal	66.800 €
Sanierung Schmutzwasserkanal	32.800 €
<u>Beleuchtung, Beschilderung</u>	<u>12.700 €</u>
<b><u>Gesamtkosten</u></b>	<b><u>294.300 €</u></b>



Als nächste Verfahrensschritte stehen an:

- Beschluss über Abschnittsbildung
- Ermittlung und Festlegung der beitragsfähigen Kosten
- Einstufung der Straßenfunktion entsprechend der Straßenausbausatzung
- Ermittlung des Beitrages für die einzelnen Grundstücke
- Durchführung einer Anliegerinformation

### **Finanzielle Auswirkungen:**

Planungsmittel stehen in 2008 zur Verfügung.

### **Anlagen:**

Anlage 1 – Regelquerschnitt

Anlage 2 – Lageplan

## **B e s c h l u s s v o r l a g e**

**Vorlage-Nr.: 2008/134**

freigegeben am 21.08.2008

**GB 3**

Sachbearbeiter/in: Herr Hans-Hermann Ammermann

**Datum: 18.08.2008**

### **Umgestaltung Kögel-Willms-Platz**

#### **Beratungsfolge:**

##### **Status**

Ö

N

##### **Datum**

01.09.2008

16.09.2008

##### **Gremium**

Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen

Verwaltungsausschuss

#### **Beschlussvorschlag:**

Die Durchführung des ersten Bauabschnittes zur Umgestaltung des Kögel-Willms-Platzes (Herstellung Parkplatz, „Veranstaltungsfläche“ sowie Bodenarbeiten für die verbleibende und zu überplanende Fläche) wird beschlossen.

#### **Sach- und Rechtslage:**

Mit der Durchführung der Umgestaltung des Kögel-Willms-Platz wurde die Residenzort Rastede GmbH beauftragt. Die Planungen werden durch die Gremien des Rates beschlossen. Bezugnehmend auf die Beschlüsse zu den Vorlagen 2008/060 und 2008/099 hat das beauftragte Planungsbüro Thalen-Consult, Neuenburg, das Projekt weiter bearbeitet.

Für die Umgestaltung des Kögel-Willms-Platzes wurde eine umfangreiche Bürgerbeteiligung durchgeführt. Damit die Möglichkeit besteht die Bürger bei der weiteren Entwicklung der Planung mit einzubeziehen, hält es die Verwaltung für sinnvoll das Projekt in mehreren Bauabschnitten modular zu entwickeln.

Aus diesem Grunde schlägt die Verwaltung vor, zunächst die bisher unstrittigen Elemente der Planung umzusetzen. Der erste Bauabschnitt soll die Umgestaltung der Parkplätze zu einem Parkplatz einschließlich der Aufnahme des Fußweges entlang der Kögel-Willms-Straße sein. Die Befestigung des Parkplatzes soll mit Betonsteinpflaster „opalith“ (Siehe z. B. Fußwege Eichendorffstraße) erfolgen. Beinhalten soll dieser Abschnitt den notwendigen Rückschnitt der Pflanzen zwischen den jetzigen Parkplätzen an der Kögel-Willms-Straße und dem Kögel-Willms-Platz.

Im östlichen Bereich des Kögel-Willms-Platzes, angrenzend an den Pfarrgarten, kann ohne nachteilige Auswirkungen auf die weitere Planung des Platzes die „Veranstaltungsfläche“ hergerichtet werden. Hier wäre ausreichend Platz, kleinere Veranstaltungen durchzuführen

und den räumlichen Umfang für die weitere Planung abzuschätzen. Der bereits jetzt vorhandene Weg zwischen dem Parkplatz und der Kirche wird entsprechend in den vorgenannten Baumaßnahmen berücksichtigt beziehungsweise integriert.

Insbesondere das wesentliche Gestaltungselement „Wasserspiele“ in Verbindung mit dem Erhalt der Blutbuche bedarf einer umfangreichen Beratung und möglicherweise auch einer Bereisung. Damit der Baubeginn zur Umgestaltung des Kögel-Willms-Platzes nicht von der Entscheidung über die gesamte Planung abhängig ist, soll dieses Element zu einem späteren Zeitpunkt beraten und beschlossen werden. Allerdings ist es bei der Erstellung der Maßnahmen des ersten Bauabschnittes unvermeidbar die Höhenlage des gesamten Platzes zu betrachten, zumal die „Veranstaltungsfläche“ den tiefsten Punkt im Gelände darstellt und mit dem Bau auch die ordnungsgemäße Entwässerung gebaut werden muss. Eine Erhaltung der Birken ist unter Berücksichtigung aller vorstehend genannten Bedingungen nicht möglich und auch wegen der Lage der Wasserspiele nicht zweckmäßig. Die Lage der Wasserspiele dürfte nicht umstritten sein, wenngleich über die Form der Fläche noch zu beraten wäre.

Die Sandspielfläche, dessen Ausstattung, die Bepflanzung, die Illumination und die Möblierung des Platzes werden zu einem späteren Zeitpunkt zu beraten sein.

Die notwendige Infrastruktur hinsichtlich Wasser, Abwasser und Stromversorgung erfolgt im Zusammenhang mit den Arbeiten des ersten Bauabschnittes. Darüber hinaus ist es vorgesehen, die Aushubarbeiten in den Bereichen, die weiter überplant werden sollen, soweit herzurichten, dass sie zunächst ausreichend trag- und sickerfähig sind.

### **Finanzielle Auswirkungen:**

Im Haushaltsplan 2008 stehen 300.000 € zur Verfügung. Für die Jahre 2009 und 2010 sind im Haushaltsplanentwurf jeweils 100.000 € vorgesehen.

### **Anlagen:**

keine

## **B e s c h l u s s v o r l a g e**

**Vorlage-Nr.: 2008/128**

freigegeben am 11.08.2008

**GB 3**

Sachbearbeiter/in: Frau Kirsten Wahl

**Datum: 11.08.2008**

### **Inwertsetzung Denkmalsplatz**

#### **Beratungsfolge:**

**Status**

**Datum**

**Gremium**

Ö  
N

01.09.2008  
16.09.2008

Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen  
Verwaltungsausschuss

#### **Beschlussvorschlag:**

Die Umsetzung der Einzelmaßnahmen aus dem in der Anlage beigefügten Maßnahmen- und Kostenübersicht wird beschlossen. Die Umsetzung erfolgt in diesem Jahr.

Die fehlenden Haushaltsmittel in Höhe von 21.448,15 € sind überplanmäßig aus der Rücklage bereit zu stellen.

#### **Sach- und Rechtslage:**

Die Inwertsetzung des Denkmalsplatzes soll in diesem Jahr abgeschlossen werden. Hierfür sind noch verschiedene Maßnahmen durchzuführen, die zum Teil in der Vorlage Nr. 2008 / 032A bereits beschlossen wurden. Als Anlage ist eine Übersicht der Einzelmaßnahmen mit den voraussichtlich entstehenden Baukosten angeführt.

Mit der Kirchengemeinde sind Gespräche geführt worden. Die kirchlichen Gremien haben mitgeteilt, dass sie gegen die Fällung der Akazie und der Neupflanzung von 5 Linden auf der kircheneigenen Grünanlage keine Einwände haben, sofern die Gemeinde Rastede für alle entstehenden Kosten aufkommt.

#### **Finanzielle Auswirkungen:**

Die fehlenden Haushaltsmittel in Höhe von 21.500 € sind überplanmäßig bereit zu stellen. Die Deckung erfolgt durch die Entnahme aus der Rücklage.

#### **Anlagen:**

Maßnahmen- und Kostenübersicht

**B e s c h l u s s v o r l a g e****Vorlage-Nr.: 2008/126**

freigegeben am

**GB 3**

Sachbearbeiter/in: Herr Hans-Hermann Ammermann

**Datum: 07.08.2008****Oldenburger Straße (K 131) - Erweiterung Straßenbeleuchtung und Sanierung des Rad-Fußweges; Antrag der UWG-Fraktion****Beratungsfolge:****Status****Datum****Gremium**

Ö

01.09.2008

Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen

N

16.09.2008

Verwaltungsausschuss

**Beschlussvorschlag:**

ohne

**Sach- und Rechtslage:**

Die UWG-Fraktion hat den in der Anlage beigefügten Antrag gestellt. Hierzu ist zu erwähnen, dass die Erweiterung der Straßenbeleuchtung entlang der Oldenburger Straße zwischen Hirschtor und Kreisverkehrsplatz Borbecker Weg im Rahmen der Erschließung des Baugebietes „Südlich Schlosspark“ bereits vorgesehen war und noch in diesem Jahr ausgeführt werden wird.

Der Ausbau der Oldenburger Straße zwischen Schloßstraße und Hirschtorweg ist vom Landkreis Ammerland zur Förderung nach dem Entflechtungsgesetz (vormals GVFG) angemeldet worden. Soweit dieser Antrag positiv beschieden würde, hätte dies einen umfangreichen Umbau der Straße zur Folge. Dieser Umstand sollte dann zum Anlass genommen werden, die Situation der Nebenanlagen zu überplanen. Bezüglich der augenblicklichen Situation ist auszuführen, dass die Pflasterkolonne des Bauhofes in diesem Frühjahr die Nebenanlagen teilweise aufgenommen und repariert und somit Behinderungen, soweit sie denn bestanden haben, ausgeräumt sein müssten.

Zum jetzigen Zeitpunkt sieht die Verwaltung deshalb keine Veranlassung die Sanierung der Nebenanlagen vorzuziehen, zumal für den Radweg der Landkreis Ammerland und für den Gehweg die Gemeinde Rastede zuständig wäre.

**Finanzielle Auswirkungen:**

Zur Zeit keine.

**Anlagen:**

Antrag der UWG-Fraktion

## **B e s c h l u s s v o r l a g e**

**Vorlage-Nr.: 2008/131**

freigegeben am

**GB 3**

Sachbearbeiter/in: Herr Hans-Hermann Ammermann

**Datum: 15.08.2008**

### **Entwicklung Kläranlage Rastede; Baulicher Teil**

#### **Beratungsfolge:**

**Status**

**Datum**

**Gremium**

Ö

01.09.2008

Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen

N

16.09.2008

Verwaltungsausschuss

#### **Beschlussvorschlag:**

Die Maßnahmen:

Ersatz der 2 Förderschnecken	149.000 €	2009
Recheneinhausung	317.000 €	2010
Abwasserspeicher	103.000 €	2011
Zentratwasserzugabe	27.000 €	2011

werden mit den entsprechenden Baujahren beschlossen.

#### **Sach- und Rechtslage:**

Das Ingenieurbüro Börjes wurde beauftragt, eine generelle Untersuchung zum möglichen Ausbau der Kläranlage Rastede durchzuführen.

Hintergrund dieser Untersuchung ist die Sanierung des Zulaufbereiches. Es sollte überprüft werden, ob sich die Annahmen der damaligen Erweiterungsplanung als richtig erwiesen haben. Sofern die jetzigen Verhältnisse, z. B. Bevölkerungsentwicklung oder zu erwartende Schmutzwassermenge, geringer oder höher ausfallen als die damaligen Prognosen, hat dieses selbstverständlich Auswirkungen auf die Bemessung der Kläranlage und damit auch auf notwendige Sanierungs- oder Erweiterungsmaßnahmen.

Die vollständige Untersuchung ist in der Anlage beigelegt.

Im Ergebnis bleibt festzustellen, dass folgende Maßnahmen kurzfristig durchzuführen sind:

<b>Maßnahme</b>	<b>Baukosten</b>	<b>Investitionsjahr</b>
Ersatz der 2 Förderschnecken	149.000 €	2009
Recheneinhausung	317.000 €	2010
Abwasserspeicher	103.000 €	2011
Zentratwasserzugabe	27.000 €	2011

Der Ersatz der Förderschnecken und die Einhausung des Rechengebäudes stehen in einem baulichen und sachlichen Zusammenhang. Aus diesem Grunde ist es zweckmäßig Mittel in Höhe von 149.000 € für 2009 einzustellen und eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 317.000 € zu berücksichtigen.

### **Finanzielle Auswirkungen:**

Es sind in folgende Haushaltsmittel einzustellen:

2009: 149.000 € VE 317.000 €

2010: 317.000 €

2011: 130.000 €

### **Anlagen:**

Anlage 1 – Untersuchungsbericht zur Kläranlage